



Abstimmung vom 23.9.2018

Veloförderung kommt sturzfrei in der Verfassung an

**Angenommen: Bundesbeschluss über die Velo-
wege sowie die Fuss- und Wanderwege**

Moritz Schley

Empfohlene Zitierweise: Schley, Moritz (2019): Veloförderung kommt sturzfrei in der Verfassung an. *Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen*. Online: www.swissvotes.ch. Abgerufen am [Datum].

Herausgeber dieses Dokuments: Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. www.swissvotes.ch.

VORGESCHICHTE

Im März 2015 lancieren verschiedene Umwelt- und Verkehrsorganisationen gemeinsam die «Velo-Initiative». Erklärtes Ziel ist die verstärkte Förderung des Veloverkehrs in Alltag und Freizeit. Dafür soll der Verfassungsartikel über die Fuss- und Wanderwege um einen Passus zu den Velowegen ergänzt werden, der den Bund zur Förderung verpflichten soll. Schon nach rund neun Monaten hat das Initiativkomitee die notwendigen 100 000 Unterschriften beisammen.

Der Bundesrat anerkennt in seiner Botschaft zur Initiative die Vorzüge des Veloverkehrs, betont aber, dass Planung, Bau und Unterhalt von Velowegen in der Kompetenz der Kantone und Gemeinden liegen. Deshalb schlägt er vor, der Initiative einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen, der die Gleichstellung der Velowege mit den Fuss- und Wanderwegen bringen soll, ohne dass der Bund den Kantonen und Gemeinden Zuständigkeiten streitig mache. Statt einer Förderpflicht soll der Bund lediglich die Möglichkeit erhalten, Massnahmen der Kantone zu unterstützen. Der Bundesrat rechnet mit Kostenfolgen von etwas weniger als 2 Millionen Franken pro Jahr.

Im Ständerat herrscht von Anfang an praktisch vollständige Einigkeit, dass der bundesrätliche Gegenentwurf unterstützt und die Volksinitiative abgelehnt werden soll. Im Nationalrat vertreten CVP, BDP und die Mehrheit der FDP ebenfalls diese Linie, während SP, Grüne und Grünliberale sowohl die Initiative als auch den Gegenentwurf unterstützen. Sie loben den Veloverkehr als ökologisch, effizient und gesundheitsfördernd. Darüber hinaus könne er der Überlastung des Stadt- und Agglomerationsverkehrs entgegenwirken. Die SVP und eine Minderheit der FDP sagen hingegen zu beiden Lösungsvarianten Nein, weil sie Mehrkosten für den Bund ablehnen und die Bedingungen für Velofahrer in der Schweiz bereits für gut halten. Sie bezweifeln zudem, dass ein besseres Velowegnetz die Bevölkerung dazu bringen könne, vom Auto aufs Velo umzusteigen.

Schliesslich wird der Gegenentwurf im Ständerat mit 37 zu 1 Stimme, im Nationalrat mit 115 zu 70 Stimmen angenommen. Mit noch etwas deutlicheren Mehrheiten empfehlen beide Kammern, die Initiative abzulehnen. Daraufhin gibt das Initiativkomitee bekannt, die Velo-Initiative zurückzuziehen, da der Gegenvorschlag ein guter Kompromiss sei.

GEGENSTAND

Zur Abstimmung steht damit nur noch der direkte Gegenentwurf. Dieser sieht eine Ergänzung der Bundesverfassung vor, die es dem Bund künftig erlaubt, die Kantone neben den Fuss- und Wanderwegen auch bei den Velowegen zu unterstützen und bei deren Planung koordinierende Aufgaben übernehmen.

ABSTIMMUNGSKAMPF

Als einzige Partei spricht sich die SVP gegen den Bundesbeschluss aus. Sie will ihre Ablehnung nicht als Nein zum Velofahren verstanden wissen, führt aber finanzielle und föderalistische Bedenken ins Feld: Sie befürchtet unabsehbare Mehrkosten und eine unnötige Aufblähung der

Verwaltung durch die neuen Koordinationskompetenzen des Bundes. Die Kantone und Gemeinden könnten ihre Aufgaben bei den Velowegen auch in Zukunft alleine lösen.

Die befürwortende Seite bildet hingegen eine sehr breite Allianz: 106 Parlamentarierinnen und Parlamentarier schliessen sich einem Ja-Komitee an. Sie argumentieren, dass die Förderung des Veloverkehrs zu einer Verbesserung der Umwelt und Verkehrssicherheit beitrage und dass sich eine Ungleichbehandlung der Velowege gegenüber den Fuss- und Wanderwegen nicht begründen lasse.

Der Abstimmungskampf bleibt lau: Das Thema polarisiert kaum, und die Vorlage erscheint bereits im Vorfeld ungefährdet. Entsprechend gering fällt die Medienberichterstattung aus. Zeitungsinserate werden fast nur von der befürwortenden Seite geschaltet, und auch dies in vergleichsweise sehr geringem Ausmass (fög 2018, Heidelberger/Bühlmann 2018).

ERGEBNIS

Mit einer deutlichen Mehrheit von 73,6% der Stimmenden und komfortablen Ja-Mehrheiten in allen Kantonen wird der Bundesbeschluss über die Velowege angenommen, wobei die Stimmbeteiligung mit 37,5% unterdurchschnittlich ausfällt. In der staats- und zentralisierungsskeptischeren Zentralschweiz sind die Ja-Anteile noch am wenigsten hoch (57,2% in Obwalden und 62,5% in Schwyz), während das Ergebnis in der lateinischen Schweiz am deutlichsten ausfällt. In der Waadt ist der Ja-Stimmenanteil am höchsten (86,3%), in Genf am zweithöchsten (83,1%).

Laut der Voto-Nachbefragung stimmte quer durch die Bevölkerungsgruppen eine Mehrheit für den Bundesbeschluss. Selbst bei der SVP-Wählerschaft kam das Anliegen auf eine Unterstützungsrate von 47%. Besonders hoch war die Zustimmung bei Stimmberechtigten, die das Velo selbst häufig nutzen. Viele Nein-Stimmende begründeten ihren Entscheid mit verfassungsrechtlichen Bedenken, aber auch mit einem persönlichen Unbehagen gegenüber den Velofahrenden.

QUELLEN

Bieri, Niklaus (2019). *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Zur Förderung der Velo-, Fuss- und Wanderwege (Velo-Initiative)*. *Volksinitiative, 2017 - 2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 15.7.2019.

fög (2018). *Abstimmungsmonitor zu den Vorlagen vom 23. September 2018, Bericht vom 21. September 2018*. Zürich: Forschungsinstitut Öffentlichkeit und Gesellschaft der Universität Zürich.

Heidelberger, Anja, und Marc Bühlmann (2018). *Inseratekampagnen zu den Abstimmungen vom 23. September 2018. Zwischenstand vom 14.9.2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern.

Tresch, Anke, Laurent Bernhard, Lukas Lauener und Laura Scaperrotta (2018). *VOTO-Studie zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 2018*. Aarau, Lausanne, Luzern: ZDA, FORS, LINK.

Velo-Initiative (2015). *Lancierung der Velo-Initiative. Medienmitteilung der vom 5. März 2018*. www.pro-velo.ch, abgerufen am 15.7.2019.

Erläuterungen des Bundesrates zur Abstimmung vom 23.9.2018 (Abstimmungsbüchlein). Herausgegeben von der Bundeskanzlei.

Amtliche Bulletins des National- und des Ständerats (Geschäft 17.051).

Bundesblatt: BBl 2017 5901.